

Kurz berichtet

Koalitionsparteien streiten um Staatsaufsicht für Türkischunterricht

STUTTGART (lsw) - CDU und Grüne streiten um eine mögliche staatliche Kontrolle des sogenannten Konsultsunterrichts an Schulen. Die Landtags-Grünen wollen – wie die SPD – den herkunftssprachlichen Unterricht in staatliche Verantwortung überführen. Man wolle nicht, dass ausländische Staaten über Lehrpläne entscheiden, sagte der Grünen-Abgeordnete Daniel Lede Abal am Donnerstag im Landtag. Deshalb brauche es einen Umbau des Unterrichts unter dem Dach der Kultusverwaltung und Einbindung der Lehrer und Eltern. Die CDU und Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) lehnen das auch aus finanziellen Gründen strikt ab. Die CDU-Abgeordnete Sylvia Felder verteidigte das bestehende Konzept. Man dürfe dem Landeshaushalt nicht ohne Not Kosten aufbürden, die Drittstaaten

jetzt von sich aus übernehmen würden. Man investierte die Haushaltsmittel lieber in guten Schulpolitik und Deutschunterricht. Es gebe keinen Anlass für Misstrauen. Auf die Tagesordnung brachte das Thema am Donnerstag die AfD. Sie fordert entgegen der anderen Parteien eine ersatzlose Streichung des Unterrichts, der aus ihrer Sicht verfassungswidrig ist. Man liefere die Kinder damit an den Scheindevokraten Erdogan aus, kritisierte Fraktionschef Bernd Gögel. Der Unterricht führe zu Ausgrenzung. Der muttersprachliche Unterricht wird von Konsulaten für Kinder und Jugendliche mit ausländischen Wurzeln angeboten und staatlich gefördert. Im laufenden Schuljahr nehmen nach Angaben des Kultusministeriums mehr als 38 000 Schüler daran teil. Die Zahlen sind aber stark rückläufig. .

Vom Lehrermangel vor allem Grundschulen betroffen

STUTTGART (lsw) - Baden-Württemberg hat voraussichtlich noch bis zum Jahr 2022 mit einem Lehrermangel zu kämpfen. Bis zu diesem Jahr werden in dem Bundesland weniger Lehrer ausgebildet, als benötigt werden. Das trifft vor allem die Grundschulen. Vom Jahr 2023 an gibt es dann dauerhaft mehr Absolventen des Vorbereitungsdienstes als Stellen, die zu besetzen sind. Das geht aus Zahlen der Kultusministerkonferenz hervor, die am Donnerstag in Berlin veröffentlicht wurden. Demnach braucht Baden-Württemberg bis 2030 jährlich zwischen 3250 und 5000 Lehrer. Diesem Bedarf steht ein Angebot von jährlich zwischen 3350 und 4450 Absolventen des Vorbereitungsdienstes für die Lehrämter an öffentlichen Schulen gegenüber. Der Modellrechnung zufolge bleiben in Baden-Württemberg in den kommenden Jahren Lehrerstellen unbesetzt. 350 Lehrer fehlen im Jahr 2021 und 600 im Jahr 2022. Für das laufende Jahr 2018 weist die Statistik 550 fehlende Lehrer aus. Bundesweit fehlen innerhalb von zehn Jahren 18 000 Lehrer. Im laufenden Jahr liegt der Bedarf um 11 510 Lehrer über dem Angebot an Bewerbern. Die Lücke sinkt auf 2720 im Jahr 2022. Für das Jahr 2027 geht die Kultusministerkonferenz dann davon aus, dass es 3060 mehr ausgebildete Lehrkräfte gibt als in dem Jahr gebraucht werden.

Dating-Betrüger in München zu Haftstrafen verurteilt

MÜNCHEN (lby) - Für millionenschweren Betrug beim Online-Dating hat das Landgericht München I mehrjährige Haftstrafen für drei Angeklagte verhängt. Ein Deutscher wurde am Donnerstag zu drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt, ein Nigerianer zu zwei Jahren und sechs Monaten und ein Ghanaer zu drei Jahren und zwei Monaten Jugendhaft. Die drei haben im Lauf des Prozesses gestanden, zusammen mit weiteren Tätern zahlreiche Nutzer von Dating-Plattformen im Internet mit falschen Profilen getäuscht und um viel Geld geprellt zu haben. Insgesamt kam mehr als eine Million Euro Beute zusammen. Die Angeklagten wurden auch zu erheblichen Entschädigungszahlungen von insgesamt mehr als 270 000 Euro an die Opfer verurteilt.

Österreich verlängert Grenzkontrollen

BRÜSSEL (dpa) - Österreich hat die EU-Kommission über die Verlängerung der Kontrollen an seinen Grenzen zu Ungarn und Slowenien informiert. Die Mitteilung sei bei der Brüsseler Behörde eingegangen, sagte eine Sprecherin. Die derzeit laufenden Kontrollen an den beiden eigentlich kontrollfreien Grenzen laufen am 11. November aus. Sie werden nun um ein halbes Jahr verlängert. Im sogenannten Schengen-Raum, dem 22 EU-Staaten und insgesamt 26 europäische Länder angehören, gibt es in der Regel keine stationären Personenkontrollen an den Grenzen. Die deutschen Kontrollen zwischen Bayern und Österreich laufen hingegen nach Stand vom Donnerstag am 11. November aus. Die Bundesrepublik kontrolliert die Grenze zu Österreich ebenfalls seit Herbst 2015.

Großbrand in Lager des Deutschen Museums

INGOLSTADT (epd) - Bei einem Großbrand in einem Lager des Deutschen Museums in Ingolstadt ist ein hoher Schaden entstanden. In der Halle lagerten rund 8000 Exponate von einzigartigem historischen Wert, wie das Museum am Donnerstag mitteilte. Am frühen Nachmittag gab es zumindest teilweise Entwarnung, nachdem Mitarbeiter den Brandort begutachtet hatten. Die Flammen hätten „nur von außen“ ins Gebäude hineingeschlagen, das Depot sei nicht ausgebrannt. „Wir gehen also nicht von einem Totalverlust von 8000 Exponaten aus, wie wir ihn am Anfang befürchtet hatten“, sagte Museumssprecher Gerrit Faust.

SPD-Mitglieder dürfen Landesspitze wählen

STUTTGART (lsw) - Die SPD-Mitglieder im Südwesten dürfen über die Landesspitze der Partei entscheiden. Der Parteivorstand beschloss am Donnerstag in Stuttgart, eine Mitgliederbefragung über den Parteivorsitz durchzuführen. Das teilte ein Sprecher mit. Zur Wahl stehen Amtsinhaberin Leni Breymaier und der Bundestagsabgeordnete Lars Castellucci, der bereits Vize-Parteichef ist. Bewerber können sich aber noch bis zum 14. Oktober melden. Die Mitgliederbefragung läuft vom 1. bis zum 19. November.

AfD startet Meldeplattform gegen Lehrer

Widersprüchliche Aussagen, ob Räßple allein oder im Namen der Fraktion handelt

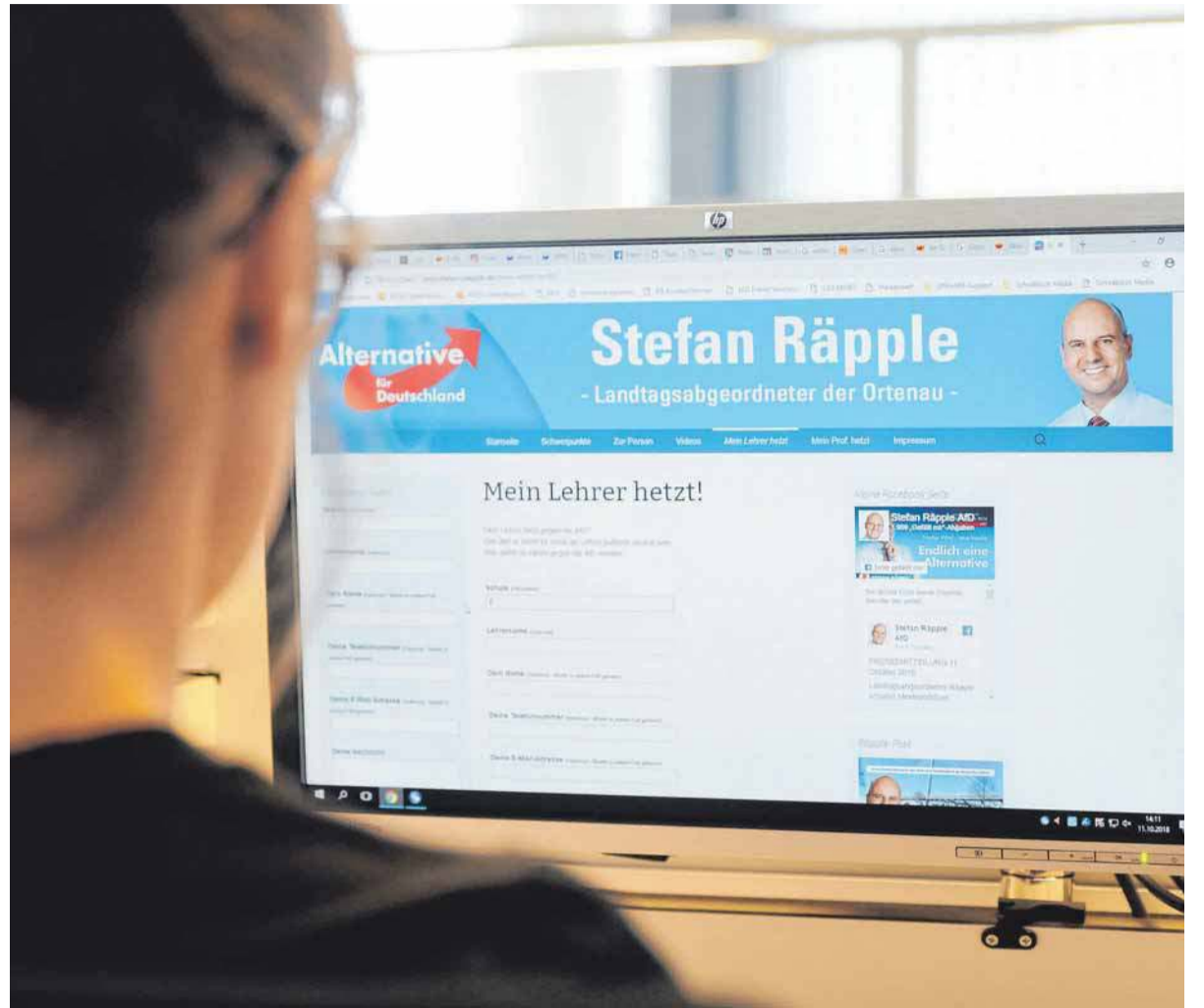
Von Kara Ballarin

STUTTGART - Seit Donnerstag gibt es auch in Baden-Württemberg eine Online-Plattform, auf der Schüler ihre Lehrer anschwärzen können. Der AfD-Landtagsabgeordnete Stefan Räßple hat das Meldeportal „Mein Lehrer hetzt“ freigeschaltet. Er folgt damit Beispielen der AfD aus Hamburg und Berlin, geht aber einen Schritt weiter. Auf seiner Seite gemeldete Lehrer, die angeblich gegen das Neutralitätsverbot verstoßen haben, sollen namentlich genannt werden. Zudem können auch Studenten ihre Professoren melden. Handelt er als Einzelperson oder im Namen der AfD-Fraktion? Die Aussagen dazu widersprechen sich.

„Dein Lehrer hetzt gegen die AfD? Das darf er nicht! Er muss als Lehrer politisch neutral sein. Hier darfst du Hetze gegen die AfD melden“, heißt es auf der Internetseite. Mehrfach sei ihm zugetragen worden, dass Lehrer im Unterricht die AfD thematisiert und dämonisiert hätten, erklärt Räßple. Deshalb habe er das Meldeportal gestartet. Im Gegensatz zu ähnlichen Seiten der AfD aus anderen Bundesländern will er jedoch die Namen der gemeldeten Lehrer veröffentlichten. Im Gespräch mit der „Schwäbischen Zeitung“ erklärt er, dass er damit nicht gegen den Datenschutz verstoße. „Es steht ja auch mein Name in der Zeitung, und ich muss das ja auch ertragen, ohne dass ich mein Okay gebe“, argumentiert Räßple. Lehrer und Professoren seien öffentliche Personen mit hoheitlichen Aufgaben.

Carsten Rees, Vorsitzender des Landeselternteils (LEB), zeigt sich davon erschüttert. „Der Landeselternteil ist überrascht, wie umfassend der Landtagsabgeordnete Räßple den Datenschutz ignoriert und bricht“, sagt er. „Wir erwarten vom Landtag, dass seine Immunität sofort aufgehoben wird, dass die Vorgänge gerichtlich geklärt werden können.“ Am Nachmittag hat er bereits Beschwerde beim Landesdatenschutzbeauftragten und bei der Landtagspräsidentin wegen mehrfacher Verstöße gegen den Datenschutz auf der Seite eingereicht. „Es können beispielsweise personenbezogene Daten übermittelt werden ohne Verschleierung. Das ist ein schwerer Verstoß“, sagt er.

Rees verdammt diese „Aufrufe zur Denunziation“ die an die dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte erinnern. „Ich bin der AfD aber dankbar, dass sie das bundesweit macht, weil sie damit ihre Maske fallen lässt und die moralische Verrottung der braunen Buben, die hinter dem Spuk stecken, erkennbar wird.“ Der Lan-



Das Meldeportal „Mein Lehrer hetzt“ wurde von Stefan Räßple (AfD) freigeschaltet.

FOTO: MICHAEL SCHEYER

deselternteils werde sich mit aller Kraft dagegenstellen, so Rees. „Wir rufen alle Demokratinnen und Demokraten im Land auf, sich hier klar zu positionieren.“

Politiker unterstützen Lehrer

Am Donnerstagmorgen im Landtag hatte der FDP-Abgeordnete Timm Kern auf die neue Seite aufmerksam gemacht. An die Lehrer richtete er den Appell: „Stehen Sie weiterhin zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung!“ Er spreche auch im Namen der anderen Fraktionen jenseits der AfD, als er sagte: „Wir sind an Ihrer Seite, und wir unterstützen Sie gegen diesen unglaublichen Angriff, den die AfD hier macht.“ Er wiederholte den Vorschlag, den am Vortag schon FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke geäußert hatte: die Plattform mit so vielen Meldungen zu bombardieren, dass sie ihr eigentliches Ziel verfehlt. Ähnlich äußerte sich auch der LEB-Vorsitzende Rees.

Kurz darauf erklärte der AfD-Abgeordnete Rainer Balzer im Landtag, dass die AfD-Fraktion nichts mit der Seite zu tun habe. Ein Sprecher der Fraktion stellt auf Anfrage klar: „Herr Räßple hat das gestartet nicht im Wissen und mit der Zustimmung der

Fraktion.“ Dass Räßple die Plattform als Unterseite seines Internetauftritts als Landtagsabgeordneter veröffentlicht hat, unter dem Schriftzug der AfD, müsse geklärt werden, sagt der Sprecher. Die Fraktion halte am Ziel fest, eine eigene Plattform online zu stellen – allerdings erst nach rechtlicher Beratung.

„Die wussten das natürlich“, kontert Räßple auf Nachfrage. „Wir haben beschlossen, dass wir das nicht von der Fraktion aus machen, sondern ich als Einzelperson. Das ist eine juristische Sache.“ Anders als etwa in Hamburg dürfe eine Fraktion in Baden-Württemberg eine solche Seite nicht betreiben, führt er aus. „Deshalb hat die Fraktion das an mich übertragen.“

Laut Stefan Avenarius, Justiziar beim Deutschen Philologenverband in Nordrhein-Westfalen, sollten sich Lehrer keine Sorgen machen. Dienstrechtliche Folgen seien unwahrscheinlich. „Eine vollständige politische Enthaltensamkeit wird von Lehrern aber nicht verlangt“, sagte er dem Evangelischen Pressedienst.

Es ist nicht das erste Mal, dass Räßple Aufmerksamkeit erzeugt. Zuletzt sorgte er für Schlagzeilen, weil er sich auf Facebook damit schmück-

te, in Chemnitz an einer Demonstration nach einer tödlichen Messerattacke an einem Deutschen teilgenommen hatte. Ein Syrer gilt als tatverdächtig. Bei der Demonstration kam es zu Ausschreitungen mit Verletzten. Rechte Demonstranten zeigten den verbotenen Hitler-Gruß. Nachdem ein Gefängniswärter den Haftbefehl eines Tatverdächtigen rechtswidrig veröffentlicht hatte und vom Dienst suspendiert wurde, hatte Räßple ihm einen Job angeboten.

AfD wählt Vorstand neu

Für Ärger hatte Räßple zudem gesorgt, als er Landtagsabgeordnete anderer Fraktionen als fettgefressen, vollgesoffen und als Koksnasen verunglimpfte. Im Interview mit der „Schwäbischen Zeitung“ hatte Fraktionschef Bernd Gögel angekündigt, dass dies in einer Sitzung nach den Sommerferien thematisiert werde. Das sei noch nicht geschehen, erklärt ein Fraktionssprecher und verweist auf die tournusmäßigen Wahlen des gesamten Fraktionsvorstands, die am Freitagmorgen beginnen. „Die AfD-Fraktion muss dann unter neuer Führung entscheiden, wie die Vorkommnisse der Vergangenheit bewertet werden.“

SWR kritisiert Änderungsvorschläge zu Medienförderung

CDU-Abgeordneter Haser erntet aber auch viel Lob für Vorstoß, Landesmedienanstalt deutlich mehr Geld zu geben

Von Kara Ballarin

STUTTGART - Für sein Diskussionspapier zu Änderungen in der Medienförderung erntet der Wangener CDU-Abgeordnete Raimund Haser viel Lob, aber auch Kritik – und sorgt für Unruhe in der grün-schwarzen Koalition. Haser fordert in dem Papier, über das die „Schwäbische Zeitung“ am Donnerstag berichtet hat, deutlich mehr Geld für die Landesanstalt für Kommunikation (LFK). Sein Argument: Mit dem bestehenden Personal kann die LFK ihren Kontrollaufgaben nicht nachkommen. Dafür soll Geld vom SWR auf die LFK umgelenkt werden.

Von den Rundfunkgebühren fließen etwa zwei Prozent an die Landesmedienanstalten, in Baden-Württemberg ist dies die LFK. Mit dem Geld soll sie private regionale TV- und Radio-Beiträge kontrollieren – etwa auf Jugendschutz und Schleichwerbung achten. Eigentlich sollte sie dies auch im Netz tun und etwa YouTube kontrollieren. Dieser Aufgabe könne die LFK derzeit aber gar nicht nachkommen, sagt Haser. Denn vom Anteil an den Rundfunkbeiträgen gehen zunächst etwa 40 Prozent ab: Zwölf Prozent bekommt der SWR für seine Kulturarbeit, etwa zur Veranstaltung von Konzerten. Das soll so bleiben. 28 Prozent gehen an den SWR zudem für sein Engagement bei

der Medien- und Filmgesellschaft (MFG), mit dem er Kultur- und Kreativschaffende fördert. Diese 28 Prozent will Haser der LFK zuschlagen. Im vergangenen Jahr hätte diese nach diesem Modell zu den erhaltenen 11,4 Millionen Euro weitere 5,5 Millionen Euro bekommen.

LFK-Präsident Wolfgang Kreißig sieht das positiv. „Ich finde es gut,



Sorgt für viel Diskussionsstoff: Der Vorschlag des CDU-Abgeordneten Raimund Haser zur Reform der Rundfunkaufsicht. FOTO: LTS

dass sich das Land dem Thema, etwa auch in den Runden Tischen, widmet und überlegt, was muss sich verändern.“ Mehr Geld gebe der LFK deutlich mehr Spielräume, ihren Aufgaben nachzukommen. „Aufsicht ist ein Thema, gerade die Aufsichtsfunktion im Onlinebereich.“

Eine SWR-Sprecherin äußert sich kritisch über die Veränderung. „Der SWR als größtes Medienunternehmen in Baden-Württemberg hat mit Abstand die meiste Erfahrung in Sachen Filmförderung“, erklärt sie. „Diesen Sachverstand durch eine Änderung der Finanzierungsgrundlage für die MFG abzuziehen, wäre eine echte Schwächung des Medienstandorts Baden-Württemberg und kann daher weder im Interesse des Landes noch der MFG sein.“

Hasers Vorschlag sieht vor, dass die MFG künftig die gleiche Summe bekommt – allerdings nicht aus Rundfunkbeiträgen über den SWR, sondern aus Steuermitteln des Landes.

Weiteres Geld aus dem Landeshaushalt – zum Start etwa zwei Millionen Euro – soll an die LFK fließen. Damit soll sie Nachrichtensendungen bei privaten Fernseh- und Radiosendern bestellen können. Bislang darf die LFK nur technische Investitionen der Sender fördern. Kurt Sabathil begrüßt das. Er ist Geschäftsführer des Schwäbischen Verlags, zu

dem – neben der „Schwäbischen Zeitung“ – auch die Regio-TV-Sender gehören. „Es ist wichtig, dass die LFK weitere Mittel zur Verfügung gestellt bekommt.“ Die Anforderungen stiegen, die Erlöse aus Werbeeinnahmen sanken. „Sonst steht zu befürchten, dass die Medienvielfalt im Regionalen und Lokalen drastisch sinken würde.“

Ministerium gegen Reform

In seinem Papier sorgt Haser zudem für Unmut bei Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne). Ihr Ressort ist bislang für die MFG verantwortlich. „Es gibt eine Unwucht zugunsten künstlerisch wertvollen Filmen“, sagt Haser. „Erstes Ziel ist nicht, einen guten Film zu fördern, sondern auch nach wirtschaftlichen Aspekten urteilen zu können.“ Deshalb wünscht er sich, dass das Wirtschaftsministerium mitverantwortlich wird. Auf Nachfrage erklärt ein Sprecher von Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut, dass das Ministerium heute schon eng mit der MFG und dem Wissenschaftsministerium zusammenarbeite.

Deutlich kritischer äußert sich ein Sprecher Bauers: „Grundsätzlich kann das Wissenschaftsministerium im Moment keinen Änderungsbedarf erkennen. Die Zusammenarbeit der MFG mit ihren Partnern funktioniert sehr gut.“

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945
Erscheinungsweise: Werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Lichtenau, Laupheim, Leutkirch, Ludau, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spanghingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.
Redaktion
Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)
Stellf. Chefredakteure: Yannick Dillinger (digital), Andreas Müller, Mitglied der Chefredaktion: Jochen Schlosser,
Politik: Claudia Kling, Wirtschaft: Benjamin Wagener, Journal/Kultur: Barbara Müller, Sport: Filippo Cataldo, Beilagen/Wochenende: Dirk Ullrich, alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16
Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf
Redaktion Berlin: Sabine Lenartz
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub
Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel.
Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG, Weingarten und Ulm

Verlag
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg
Telefon 0751 / 2955-0, Telefax 0751 / 2955-991499
Anzeigen Telefax 0751 / 2955-991139
Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil
Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm
Verantwortlich für Anzeigen: Reinhard Hofer
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann
Chef vom Dienst und Zeitungsproduktion: Bernd Scheibitz
Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 70 vom 11.2018. Für den Inhalt der Lokaltitel sind die Lokaltitelredaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.
Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555
Telefax: 0751 / 29 555 556
E-Mail: aboservice@schwaebische.de
E-Mail: redaktion@schwaebische.de